

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

IV. Quartal 2007

Abgeschlossen am 31. Dezember 2007. • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Große international tätige Finanzinstitute wie UBS, Morgan Stanley, Merrill Lynch und die Citigroup müssen wegen der Krise auf dem Hypothekarkreditmarkt Abschreibungen in Milliardenhöhe tätigen. Staatliche Fonds aus Asien und dem Nahen Osten führen über Aktienkäufe den Banken Kapital zu. Die Staats und Regierungschefs der EU unterzeichnen mit dem "Vertrag von Lissabon" jenes Vertragswerk, das die gescheiterte Europäische Verfassung ersetzen wird. Die Weltklimakonferenz von Bali endet, ohne dass ein Terminplan für eine Nachfolgeregelung des Kyoto-Protokolls festgelegt würde. Das auf der EU-Afrika-Konferenz von der EU vorgelegte "Abkommen über die Wirtschaftspartnerschaft" wird von den afrikanischen Ländern verworfen.

8. Oktober: Das ungarische Parlament beschließt ein Gesetz zur Abwehr strategischer Übernahmen durch ausländische Interessenten ("Lex MOL"). Die Restriktion, höchstens 10% der Aktien (Treasury Shares) im eigenen Besitz zu halten, wird für Unternehmen mit "hoher Bedeutung für die Sicherheit der öffentlichen Versorgung" aufgehoben. Das Gesetz ermöglicht zur Abwehr einer Übernahme auch eine Erhöhung des Aktienkapitals. Im Falle eines Kaufangebotes muss der Businessplan künftig auch der Finanzaufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden. Mit diesem Gesetz reagiert die ungarische Regierung auf den Versuch der OMV vom September 2007, den Erdöl- und Erdgaskonzern MOL zu übernehmen.

11. Oktober: In den Niederlanden erhalten 30.000 Asylsuchende Aufenthaltspapiere. Illegal Eingewanderte, die von diesem Programm profitieren, erhalten nach einer 5-jährigen Testphase die niederländische Staatsbürgerschaft. Im Rahmen dieses größten Einbürgerungsprojekts der Niederlande stellt der Staat 300 Mio. € als finanzielle Starthilfe für Wohnung und Ausbildung bereit.

18.-19. Oktober: Die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder einigen sich bei ihrem Treffen in Lissabon auf den Reformvertrag¹⁾.

31. Oktober: Die Notenbank der USA senkt den Leitzinssatz um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate liegt nun bei 4,5%, die Discount Rate bei 5%.

26. November: Aufgrund der Hypothekarkrisen rechnet die Citibank mit Abschreibungen über 16 Mrd. \$. Das Finanzinstitut erhält 7,5 Mrd. \$ an Kapital von Abu Dhabi Investment Authority (ADIA).

2. Dezember: Mit einem Referendum stimmt die Bevölkerung in Venezuela gegen die von Präsident Chavez vorgeschlagene Verfassungsreform²⁾.

Ausland

Ungarn: "Lex MOL"

Niederlande:
Einbürgerungsprojekt

EU: Vertrag von Lissabon

USA: Leitzinssätze

Hypothekarkrisen:
Citibank

Venezuela: Referendum

¹⁾ Vgl. Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(7), S. 576, http://www.wifo.ac.at/wwa/isp/index.jsp?fid=23923&id=29621&typeid=8&display_mode=2.

²⁾ Vgl. Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(10), S. 791, http://www.wifo.ac.at/wwa/isp/index.jsp?fid=23923&id=30281&typeid=8&display_mode=2.

Großbritannien: Leitzinssätze

6. Dezember: Die Bank of England senkt die Bank Rate um 25 Basispunkte auf 5,5%. Dies ist die erste Zinssatzsenkung seit August 2005.

EU-Afrika-Gipfel

9. Dezember: Der EU-Afrika-Gipfel endet mit der Unterzeichnung des Dokuments "Partnerschaft unter Gleichen" mit dem Ziel, die traditionellen Beziehungen zwischen Geber- und Nehmerländern zu überwinden. Ein Aktionsplan für die kommenden drei Jahre soll die Zusammenarbeit in den Bereichen Investitionen, Entwicklung, Menschenrechte und Friedenssicherung weiterführen. Eine Einigung über das von der EU betriebene "Abkommen über die Wirtschaftspartnerschaft" gelingt nicht. Ersatzweise werden mit einigen afrikanischen Ländern "Zwischenabkommen" über den Warenhandel unterzeichnet, nicht behandelt werden die Fragen über die Öffnung der Dienstleistungs- und Investitionsmärkte der Entwicklungsländer.

Nobelpreis

10. Dezember: Leonid Hurwicz, Eric S. Maskin und Roger B. Myerson erhalten den Nobelpreis für Ökonomie. Hurwicz hat in den sechziger Jahren den Grundstein für die "Mechanism-Design-Theorie" gelegt, welche von Maskin und Myerson in den siebziger Jahren zur besseren Anwendung weiter ausgearbeitet wurde³⁾.

Banco del Sur

10. Dezember: Die sieben südamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Venezuela, Bolivien, Ecuador, Paraguay und Uruguay gründen die Banco del Sur. Die neue regionale Entwicklungsbank soll mit einem Eigenkapital von 5 bis 7 Mrd. \$ ausgestattet werden und Kredite für die Infrastruktur und soziale Projekte zur Verfügung stellen. Brasilien und Venezuela werden die Hauptfinanciers der Bank sein, im Verwaltungsrat werden jedoch alle Gründungsländer gleiches Stimmrecht erhalten. Die Initiative für dieses Institut geht von Venezuelas Präsidenten Chavez aus, mit dem Ziel vom von den USA dominierten Währungsfond unabhängiger zu werden.

USA: Leitzinssätze

11. Dezember: In den USA werden die Leitzinssätze zum dritten Mal in diesem Jahr herabgesetzt. Durch die Senkung um 25 Basispunkte liegt die Federal Funds Rate nun bei 4,25% und die Discount Rate bei 4,75%.

Hypothekarkreditkrise: UBS

Die Schweizer Großbank UBS muss aufgrund der Hypothekarkreditkrise im IV. Quartal weitere 10 Mrd. \$ abschreiben. Im III. Quartal mussten bereits 4 Mrd. \$ an Wertberichtigungen durchgeführt werden. Die Bank erhält vom Government of Singapore Investment Corporation Pte. Ltd. (GIC) 11,5 Mrd. \$ und von einem nicht genannten Investor aus dem Nahen Osten weitere 2 Mrd. \$ an Kapital.

EU: Vertrag von Lissabon

13. Dezember: Die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder unterzeichnen in Lissabon den Reformvertrag ("Vertrag von Lissabon"). Der Vertrag ersetzt die gescheiterte "Europäische Verfassung" und muss nun in den 27 EU-Ländern ratifiziert werden⁴⁾.

Weltklimakonferenz

15. Dezember: In Bali nehmen 187 Nationen an der Klimakonferenz teil. Ergebnis der Konferenz ist die "Bali Roadmap". Darin werden Aktionen gefordert, um sich an die negativen Folgen des Klimawechsels anzupassen, Wege um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, Möglichkeiten für den Einsatz von klimafreundlichen Technologien sowie die Finanzierung von Aktionen zur Reduktion der Emissionen. Ziel ist, bis Ende 2009 ein neues Abkommen zu unterzeichnen. Das ursprüngliche Ziel der Konferenz, einen Zeitplan für eine Nachfolgeregelung des Kyoto-Protokolls mit neuen Reduktionszielen aufzustellen, wird nicht erreicht.

Hypothekarkreditkrise:
Morgan Stanley

19. Dezember: Die Investmentbank Morgan Stanley aus den USA gibt einen Quartalsverlust von 3,59 Mrd. \$ bekannt. Mit der China Investment Corporation (CIC) wird eine Kapitalzufuhr von 5 Mrd. \$ vereinbart.

EU: Flugverkehr
Emissionshandelssystem

20. Dezember: Aufgrund einer Einigung der Umweltminister und -ministerinnen der EU-Länder soll das Emissionshandelssystem der EU (ETS) ab 2012 auf den Flugverkehr ausgedehnt werden. Bisher umfasste es nur energieintensive Industrieanlagen und Kraftwerke, die Verschmutzungsrechte in Form von Zertifikaten zukaufen bzw. verkaufen konnten.

³⁾ Begründung des Preiskomitees: http://nobelprize.org/nobel_prizes/economics/laureates/2007/info.pdf.

⁴⁾ Vgl. Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(7), S. 576, http://www.wifo.ac.at/www/isp/index.jsp?fid=23923&id=29621&typeid=8&display_mode=2.

26. Dezember: Die Investmentbank Merrill Lynch gibt bekannt, 6,2 Mrd. \$ an Kapital aufzunehmen. Der Staatsfonds Temasek Holdings aus Singapur wird Stammaktien im Wert von 5 Mrd. \$ erwerben, Davis Selected Advice wird sich über neue Stammaktien mit 1,2 Mrd. \$ beteiligen. Aufgrund der Krise auf dem Subprime-Markt der USA hat die Bank im III. Quartal einen Verlust von 2,31 Mrd. \$ ausgewiesen.

Hypothekarkrisen: Merrill Lynch

Der Nationalrat beschließt im Dezember Gesetze von großer wirtschaftspolitischer Bedeutung. So wird das Finanzausgleichsgesetz, ein Jahr früher als geplant, für eine Periode von sechs Jahren beschlossen. Ebenfalls für die nächsten sechs Jahre werden im Österreichischen Stabilitätspakt die Beiträge der Gebietskörperschaften zum Staatshaushalt vereinbart. Mit der Neuordnung der Finanzmarktaufsicht erhält die Oesterreichische Nationalbank erweiterte Prüfungscompetenz. Die Neuregelung des Kindergeldes ermöglicht Eltern künftig zwischen drei Bezugsmöglichkeiten zu wählen, die sich in der Bezugsdauer und der damit verbundenen Höhe des Kindergeldes unterscheiden.

Österreich

11. Oktober: Österreich legt der Europäischen Kommission das neue Stabilitätsprogramm 2007-2010 vor. Unter Beibehaltung der Ziele des Stabilitätsprogramms vom März⁵⁾ soll nun bei einem realen Wirtschaftswachstum von 3,4% (2007), 2,4% (2008), 2,5% (2009) und 2,5% (2010) ein Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte von -0,7%, -0,6%, -0,2% bzw. 0,4% des BIP erreicht werden. Die Verschuldungsquote nimmt in diesem Zeitraum mit 59,9%, 58,4%, 57,0% und 55,4% des BIP kontinuierlich ab. Für den HVPI wird für 2007 mit einer Vorjahresveränderung von +1,9% und für die Jahre 2008 bis 2010 von jeweils +2,0% gerechnet. Die Arbeitslosenquote soll ab 2007 jährlich um 0,1 Prozentpunkt von 4,3% auf 3,9% im Jahr 2010 sinken.

EU: Stabilitätsprogramm

14. Oktober: Die Europäische Union hat das Vertragsverletzungsverfahren über die Quotenregelung für ausländische Studierende gegen Österreich für 5 Jahre aufgeschoben. Diese Quotenregelung für das Medizinstudium teilt Studierenden aus Österreich 75% der Studienplätze zu, 10% der Studienplätze können von Studierenden aus der EU und 5% aus Drittländern in Anspruch genommen werden.

EU: Quotenregelung ausländische Studierende

17. Oktober: Der Nationalrat beschließt die Neuordnung des Kindergeldes. Neben der geltenden Bezugsvariante (436 €, 36 Monate lang) stehen ab 2008 zwei weitere Bezugsmöglichkeiten zur Auswahl: Bei einer Bezugsdauer von 18 Monaten stehen 800 € monatlich bzw. 24 Monate lang 624 € monatlich zu. Dabei ist die Auszahlung an einen Elternteil in der ersten Alternativvariante auf höchstens 15 Monate und in der zweiten Alternativvariante auf höchstens 20 Monate beschränkt.

Neuordnung Kindergeld

19. Oktober: Der Börsengang des Bauunternehmens STRABAG SE ist der bisher größte an der Wiener Börse. Zu einem Angebotspreis von 47 € wird ein Angebotsvolumen von 1,325 Mrd. € gezeichnet. Die Aktie notiert im Prime-Market-Segment der Wiener Börse⁶⁾.

STRABAG AG

6. Dezember: Der Nationalrat beschließt das Finanzausgleichsgesetz 2008 (FAG 2008) und den österreichischen Stabilitätspakt.

Das FAG 2008⁷⁾ löst ein Jahr früher als geplant das FAG 2005 ab, um die Finanzierung der Mindestsicherung und 24-Stunden-Betreuung sicherzustellen. Der neue FAG wird auf sechs Jahre (bisher vier Jahre) abgeschlossen. Dadurch soll die Planungssicherheit der Gebietskörperschaften erhöht werden. Der Finanzausgleich 2008-2013 nimmt für die erste Periode (2008 bis 2010) eine Steigerung der Bundesausgaben um 246 Mio. € und für die zweite Periode (2011 bis 2013) um 438 Mio. € an. Davon entfal-

Finanzausgleichsgesetz 2008

⁵⁾ Vgl. Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(4), S. 306, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=28824&typeid=8&display_mode=2.

⁶⁾ Vgl. Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(7), S. 577, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=29621&typeid=8&display_mode=2.

⁷⁾ Siehe dazu im Detail Pitlik, H., "Theoretische Eckpunkte einer grundlegenden Reform des aktiven Finanzausgleichs", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(12), S. 951-964, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30842&typeid=8&display_mode=2, und Schratzenstaller, M., "Der neue Finanzausgleich 2008 bis 2013 – Grundsätzliche Reform wieder verschoben", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(1), S. 35-42, http://www.wifo.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=31043&display_mode=2.

len in der ersten Periode 193 Mio. € auf die Länder und 53 Mio. € auf die Gemeinden, in der zweiten Periode 280 Mio. € bzw. 158 Mio. €.

Ab 2008 werden bisher fixe Transfers des Bundes an Länder und Gemeinden in Ertragsanteile ohne Zweckbindung umgewandelt. Der Bund stellt zudem jährlich 100 Mio. € für die Spitalsfinanzierung zur Verfügung.

Die 24-Stunden-Betreuung und die Mindestsicherung werden von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam finanziert, wobei der Mehraufwand der Länder und Gemeinden mit 66 Mio. € jährlich begrenzt ist. 2008/2010 werden für Kinderbetreuung und Sprachförderung 20 Mio. € von den Ländern und ebensoviel als Zweckförderung vom Bund zur Verfügung stehen.

Die Konsolidierungsbeiträge der Länder und Gemeinden werden etappenweise abgeschafft: 2008/2010 werden sie halbiert, was den Ländern mit zusätzlich 156 Mio. € pro Jahr und den Gemeinden mit zusätzlich 53 Mio. € zugute kommt. Nach der Abschaffung des Konsolidierungsbeitrags verbessert sich die Ertragslage der Länder um 262 Mio. € und die der Gemeinden um 156 Mio. €.

Der Kostenersatz des Bundes für das Landeslehrpersonal wird in der ersten Etappe um 12 Mio. € und in der zweiten Etappe um 13 Mio. € jährlich erhöht. Der Katastrophenfonds wird mit zusätzlich 10 Mio. € dotiert – je zur Hälfte von Bund und Ländern.

Strukturreformen sehen etwa die deutliche Anhebung der untersten Stufe des Bevölkerungsschlüssels (Bevölkerungszahl bis zu 10.000) ab 2011 vor. Mindereinnahmen der Städte werden voll ausgeglichen. Dafür stehen 100 Mio. € aus den zusätzlichen Gemeindemitteln aus der Abschaffung des Konsolidierungsbeitrags von 156 Mio. € zur Verfügung. Ab 2009 wird zur Mittelverteilung nicht mehr die Volkszählung, sondern die Bevölkerungsstatistik des zentralen Melderegisters herangezogen. Dadurch können überdurchschnittlich wachsende Städte und Gemeinden schneller zusätzliche Ertragsanteile erhalten.

Im österreichischen Stabilitätspakt 2008-2013 vereinbaren die Gebietskörperschaften im Sinne einer "verstärkten Stabilitätsorientierung" neue Stabilitätsbeiträge für die nächsten sechs Jahre.

Der Nationalrat beschließt die Neuordnung der Finanzmarktaufsicht. Die gesamte Vor-Ort-Prüfungskompetenz im Bankenaufsichtsbereich sowie im Bankenteil von Finanzkonglomeraten wird der OeNB übertragen. Diese erstellt gemeinsam mit der FMA ein jährliches Prüfungsprogramm. Die Weisungsfreiheit der OeNB bei der Durchführung von Prüfungen ohne Prüfauftrag der FMA ist verfassungsmäßig abgesichert. Die OeNB führt die Analyse der Meldedaten durch, wobei der FMA ein Zugriff auf die Analyseergebnisse für Aufsichtszwecke möglich ist. Zur Sammlung der Meldedaten wird eine gemeinsame Datenbank von FMA und OeNB bei der OeNB eingerichtet. Die OeNB erhält erweiterte Begutachtungs- und Anhörungsrechte bei Bewilligungen. Aufsichtsratsvorsitzende müssen künftig ihre besondere Qualifikation der FMA gegenüber nachweisen. Zwischen der Tätigkeit als Geschäftsführer bzw. Geschäftsführerin und als Aufsichtsratsvorsitzende von Kreditinstituten muss künftig ein ausreichend langer Zeitraum liegen. Dies gilt für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen mit einer Bilanzsumme von mehr als 500 Mio. €. Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen ab einer Bilanzsumme von 1 Mrd. € müssen über einen Prüfungsausschuss verfügen, dem Überwachungs- und Prüfungsaufgaben zukommen. Eine wesentliche Erhöhung der Einstiegsschwelle für Staatskommissäre und deren Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen soll kleinere Kreditinstitute entlasten. Die durch die Beaufsichtigung bei der OeNB anfallenden Kosten werden von der FMA bis 4 Mio. € rückerstattet. Innerhalb der Kreditinstitute soll die Rolle der internen Revision durch eine erweiterte Berichtspflicht gestärkt werden. Künftig haben Aufsichtsratsvorsitzende eine erweiterte Pflicht zur Berichterstattung an das Gremium des Aufsichtsrates.

Österreichischer
Stabilitätspakt 2008-2013

Finanzmarktaufsicht